

Kraeauer Zeitung.

Nro. 1.

Freitag, den 2. Jänner.



1676
V C 3150A

1857.

Die „Kraeauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Kraeau 4 fl., mit Versendung 5 fl. — Die einzelne Nummer wird mit 5 fr. berechnet. Insertionsgebühr für den Raum einer vierseitigen Seite bei einmaliger Einrichtung 4 fr., bei mehrmaliger Einrichtung 2 fr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 10 fr. — Inserate, Bestellungen und Gelder übernimmt für die „Kraeauer Zeitung“ die Administration des Blattes. (Ring-Platz, Nr. 338.) Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz den Bezirksamt-Aktuar, Peter Brunatti, zum Adjuncten bei einem gemischten Bezirksamt in Tirol ernannt.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten hat den Post-Detonaats-Kontrolor, Vincenz Galligari, in Verona, zum Postamts-Kontrolor in Venedig ernannt.

Heute den 31. December 1856 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das Inbaits-Registrier der in Modena Decembris 1856 ausgegebenen Studie des Reichsgesetzbülaus — dann zu dem abgelaufenen Jahrgange 1856 — das Reichsgesetzblatt nebst dem Titelblatte — ein doppelter Repertorium ausgegeben und verendet werden, wovon das erste ein chronologisches und das zweite ein alphabatisches Verzeichniß der Gesetze und Verordnungen enthält welche in dem, im abgelaufenen Jahrgange 1856 ausgegebenen VII. Stücke erschienen sind.

Nichtamtlicher Theil.

Kraeau, 2. Jänner.

Das Jahr 1856 ist mit ungelösten Differenzen in der äußeren Politik geschlossen worden. Die orientalische Frage ist formell beigelegt, aber nicht materiell ausgetragen, sie wirft ihren Riesenschatten in die kommende Zeit. Der Pariser Friede vom 30. März 1856 hat die Verwirklichung eines Theiles jener Bestimmungen, die er principiell feststeht, der Zukunft vorbehalten. Unter den suspendirten Friedensbestimmungen stehen in erster Linie die Organisation der Donaufürstenthümer und die Befreiung der Donau.

Besondere Commissionen sollten das Material für beide Fragen sammeln und vorbereiten und einer in Paris

zu eröffnenden Nachconferenz zur definitiven Schlufsfassung vorlegen. Die Donaucommission hat ihre Arbeiten beginnen können, nicht so die für die Fürstenthümer, in welchen erst einzuberufende Deans sich über die Wünsche des Landes aussprechen sollen. Inzwischen hat sich eine nicht vorausgesehene Differenz im Betreff der Verwirklichung einer anderen Friedensbedingung erhoben.

Wir meinen die Frage wegen Volksgrad und der Schlangeninseln und dürfen das Entstehen und die Details der Differenz bei unseren Lesern als bekannt voraussehen. Heute darf diese Angelegenheit, die vor einigen Wochen einen bedrohlichen Charakter angenommen hatte, für so gut wie erledigt angesehen werden. Die Mächte sind übereingekommen, einer demnächst in Paris zusammenentrenden Conferenz die Schlichtung des Incidenzfallen und die Vereinbarung der widerstreitenden Ansprüchen anheimzustellen. Die Pariser Nachconferenz wird sich also vorläufig mit der Grenzregulirung befassen, dann vertagt werden und sich erst wieder vereinen, sobald durch die Arbeiten der betreffenden Commissionen die anderen suspendirten Friedensbedingungen einer dem Geiste des Pariser Tractates entsprechenden Erfüllung entgegengereift sind; mit anderen Worten: die Nachconferenz wird sich ihrer Aufgabe rückweise entledigen. Sie wird von den zweiten Bevollmächtigten der Conferenzmächte gebildet sein und rücksichtlich der Regelung der bessarabischen Grenze — nicht aber auch in Betreff der Donaufrage und der Organisation der Fürstenthümer — durch Stimmenmehrheit entscheiden. Wir haben Grund vorauszusehen, daß diese Entscheidung im Sinne der österreichisch-brüttischen Auffassung ergehen werde, nach welcher Bolgrad und die Schlangeninseln türkisches Territorium werden sollen. Ehe ein solcher Majoritätsbeschuß gefaßt ist, werden weder die österreichischen Bataillone den Boden der Fürstenthümer, noch die britischen Geschwader das schwarze Meer verlassen; doch wird die eine und die andere Occupation nicht über die Schlichtung der territorialen Differenz hinüber ausgedehnt, also keineswegs bis zur definitiven Ausführung der anderen noch offenen Friedensbedingungen fortgesetzt werden.

Die Neuenburger Frage hat, trotz der hohen und drüben beginnenden Rüstungen, so viele Elemente, welche der Möglichkeit einer nach beiden Seiten hin genügenden friedlichen Beilegung günstig sind, ja bei nahe der Notwendigkeit einer gütlichen Auseinandersetzung in überwiegender Weise das Wort reden, daß die Ansichten derjenigen durch den Erfolg gerechtfertigt werden dürfen, welche von derselben keine nachhaltige Störung des Weltfriedens befürchten. Diese Hoffnung wird nicht wenig gefördert durch die einmütige Unterstützung, welche die gerechten Ansprüche Preußens bei allen Großmächten, in erster Linie bei Österreich finden. Wenn anders die Machthaber der Eidgenossenschaft billigen Erwägungen Raum geben und das richtige Verständnis für das wahre Wohl ihres Landes haben, wird es nicht allzu schwer fallen den Knoten zu lösen, ohne daß er zerhauen werden muß.

In Neapel hat die Hand der Vorsehung die Vor-

son des Königs soeben vor einem meuchlerischen Attentat in ihren Schutz genommen, die Bewegung in Sizilien hat sich als ein isolirter Putsch erwiesen, der im Lande keinen Boden fand. Die Haltung der Untertanen Sr. Maj. des Königs beider Sicilien ist, gegenüber der von Frankreich und England wider die Politik Ferdinand II. gemachten Demonstration, tadellos geblieben, die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen der Westmächte zu Neapel ist damit zu einer minder erheblichen Episode geworden.

Die Angelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg ist vertagt und nicht erledigt, aber auch von den deutschen Großmächten nicht vergessen. Doch wird auch diese Frage ihr Recht auf eine endliche Klärung der Verhältnisse Dänemarks zum deutschen Bunde in nicht sehr ferner Frist geltend machen.

Der persisch-englische Zwist wegen Herat ist, obwohl er zu einer Kriegserklärung geführt hat, noch nicht so weit in den Vordergrund der Begebenheiten getreten, um schon jetzt ein Urtheil über seine Tragweite und seine Folgen zu gestatten. Zunächst berührt er nur die Interessen Englands und Russlands und nur Machtfragen in Asien, die allerdings ihre Rückwirkung auf Europa haben können. Zu einer zweiten Auflage der orientalischen Frage wird die Differenz kaum anstreben.

Nach der neuesten Ueberlandspost ist die britische Reserve von 7—8000 Mann für die Expedition nach dem persischen Golf bereits organisiert; 8000 Mann marschieren an die Grenz von Kohat in der Richtung von Kabul. Die Ursache dieser Diversion ist unbekannt. Auch in China haben sich für England Konflikte eingespielt. Nach Berichten der „Triester Ztg.“ aus Hongkong vom 15. Novbr. sind wegen Verleugnung der chinesischen Flagge durch den General-Gouverneur der beiden Kiang und verweigerter Genugthuung die chinesischen Umlagegebäude in Canton von dem englischen Admiral Seymour bombardirt, die Bogunsfors am Preßfusse genommen, thielweise geschleift und ein Theil der kai. Flotte zerstört worden. Die Chinezen leisteten geringen Widerstand. Ein Versuch, britische Dampfer in die Luft zu sprengen, mißlang. Die fremden Factorien sind von englischen, amerikanischen, französischen und portugiesischen Seeleuten besetzt. Alter Handel stockt. In Shanghai sprach man von einer Mission des amerikanischen Bevollmächtigten nach Peking und von gemeinschaftlichen Schritten Englands, Frankreichs und der vereinigten Staaten bei dem chinesischen Hofe.

In den nordamerikanischen Freistaaten hat

in dem Präsidenten Buchanan der Candidat der schwarzhalten Theile der Union gesiegt, doch scheint das

Programm des Neugewählten hinter den Wünschen der extremen Parteien, sowohl was die Slavenfrage als

was die rücksichtslosen Vergroßerungsgüste der Unionsstaaten betrifft, nicht wenig zurückzubleiben.

Kraeau, 2. Jänner.

Österreich ist seit sechs oder sieben Jahren ein neues Reich geworden. Eine Umbildung, wie sie der Kaiserstaat in dieser kurzen Zeit erfahren hat, vor Allem seine Neugestaltung als Einheitsstaat und die Größe wie der Erfolg seiner volkswirtschaftlichen Schöpfungen, sind ohne Beispiel in der Culturgeschichte der Länder. Österreich ist aus den Weben der Revolution entstanden, denn je hervorgegangen, sein Einfluß in der äußeren Politik ist gewichtiger denn je geworden. Das hat die orientalische Frage gezeigt, und die europäischen Cabinets haben der dominirenden Stellung Rechnung getragen, in der Österreich seinen Machtbeauftragt, seine Ehre und seine Interessen zu wahren mußte.

Ein geistreicher Publicist charakterisiert in der „Allg. Ztg.“ (in einem Artikel „Bon der Donau“ politischer Zahresschluß) die selbstbewußte, echt staatsmännische Politik des Wiener Cabinets mit folgenden Zügen: „Nicht solche Titanenerhebung, die, wie ein General vor der Front, dem Verlauf der Dinge rechts- oder linksrum gebieten will, kennzeichnet den Staatsmann auf der Höhe seines Berufs, sondern die geistesklare und auf das Leben des Staats übertragene Erkenntnis, welche Plato mit den Worten aussprach: die Zeit ist nur das bewegliche Bild der unbeweglichen Ewigkeit. Das ist in der That das Zeichen, an dem zukünftigere Staaten und Staatsweisheit zu erkennen sind, daß sie stets Grundsätze folgen, mit ruhiger Ausdauer unter den verschiedensten Wechselsfällen und Combinationen das gleiche Ziel anstreben, bei Unfällen nicht verzagen, bei Erfolgen nicht groß thun, bei Hindernissen und Schwierigkeiten nicht ungebüdig werden, unter allen Umständen wissen was sie wollen. Solche

Staaten, solche Staatsmänner kennen nicht die Passivität, die Indolenz, die sich nicht entschließen kann oder mag, noch sind sie jemals ergripen von der Hass und Gier keimende Früchte zu kosten bevor sie gereift. Die Stetigkeit des obersten Gedankens beherrscht die That, verbürgt die Zukunft. Wir haben Österreichs Politik gezeichnet.“

Wir wollen es versuchen mit kurzen Zügen auch ein Bild seiner inneren Politik zu entwerfen.

Bei der Ueberschau des reichen Materials, das uns in dieser Beziehung die jüngste Vergangenheit bietet, hastet unser Auge mit Recht zuerst auf den weitgreifenden Reformen, welche uns auf dem Gebiete der materiellen Interessen begegnen.

Wir sehen vor Allem das große Werk der Grundentlastung, das andere Staaten in vierzig Jahren nicht zu bewältigen vermochten, in unserem Lande während einer verhältnismäßig kurzen Frist auf das Vollständigste durchgeführt. Die Besitzer ehemals bürgerlicher Gründe genießen bereits die Früchte dieses Werkes, die Eigentümner der Domainen sind entshädigt, sie erleiden allermindestens keine Verluste, denn auch sie nehmen Anteil an der steigenden Rente des Realbesitzes und auch ihnen kommt die Erhöhung des Wertes liegender Güter zu stehen. Zur Förderung des Real-

Credits ist bei der k. k. pr. Nationalbank eine Hypotheken-Credits-Abteilung organisiert worden; sie hat

ihre Tätigkeit in der Hälfte dieses Jahres begonnen, vorläufig aber, aus Rücksicht für die Lage der Landeswährung und um den Notenlauf nicht übermäßig zu vermehren, Darlehen auf Hypotheken nur in beschränktem Maße und nur in Pfandbriefen geleistet.

Eine weitere Förderung hat der Bodencredit von der Actiengesellschaft „Austria“ zu erwarten, deren Zustandsdeformen nahe bevorsteht. Gleichzeitig wurde ein Institut geschaffen zur Erhebung und Unterstützung des Industrial-Credits, die Creditanstalt für Handel und Gewerbe hat ihrer erspriesslichen Wirksamkeit seit der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits eine umfangreiche Ausdehnung gegeben und besonders auf die regelmäßige Gestaltung des Geldmarktes und dem ungestörten Fluß der Geldmittel höchst vortheilhaft eingewirkt. Nur durch ihre Theilnahme wurde eine Anzahl neuer Eisenbahn-Unternehmungen ermöglicht, die im vergangenen Jahre entweder concessionirt worden oder deren Fonds doch schon gesichert sind, und welche in nicht allzu ferner Frist Österreich von einem Ende zum andern mit einem wohlcombinirten Eisenbahnetz bedecken werden. Der Einstrom dieser Eisenstrassen auf die Production, auf den Aufschwung des Nationalwohlstandes, wird von unermesslicher Tragweite sein.

Nachdem die Finanzverwaltung mit dem Prohibitionsystem gründlich gebrochen und ein System von Schutzzöllen eingeführt hatte, welches eventuell zur Handels- und Zolleinigung mit Österreich zu führen geeignet ist, war dieselbe schon im vergangenen Jahre in der Lage diese Zölle namentlich zu reduciren und den Zollvereinstaaten, in Ausführung der in dem Handels- und Zollvertrag vom 19. Febr. 1853 in Aussicht genommenen mehreren Annäherung, ein Programm von weiteren Verkehrserleichterungen zwischen beiden Zollkörpern mitzutheilen, das über den ursprünglichen Willen Österreichs, auf dem beschrittenen Wege seiner Handelspolitik fortzugehen, keinen Zweifel übrig läßt. Österreich hat im vergangenen Jahre eine Münzunion mit Deutschland vereinbart und homogene Normen mit seinen deutschen Nachbaren im Telegraphen-, Post-, Paket- und Eisenbahnen eingeführt oder angestrebt. Es hat Maßregeln ergriffen zur Herstellung eines einheitlichen Mases und Gewichtes im ganzen Umfang der Monarchie; es hat endlich durch strenge Einhaltung seiner Verpflichtungen gegen die Nationalbank und durch eine Reihe wohlgegliedeter und trefflich berechneter Operationen den Bankstatus, namentlich in der leichten Hälfte des abgeschlossenen Jahres, in einer Weise verbessert, daß zur Wiederaufnahme der Baarzahlungen und somit zur vollständigen Herstellung der Landeswährung, bei einiger Gunst der äußeren Umstände, nur mehr ein mäßiger Schritt übrig bleibt.

Eine Reform unserer Gewerbe-Gesetzgebung und der bestehenden Bestimmungen über die Höhe des Zinsfußes, im Geiste einer freieren Concurrenz, ist im Zuge und wird früheren Maßregeln auf diesem Gebiete zur ebemäßigen Ver Vollständigung dienen.

Das Concordat vom 18. August 1855 ist in einem seiner wichtigsten Punkte, der Zurückführung der Ehe auf den canonischen Standpunkt, mittels des neuen Ehegesetzes vom 8. Octbr. v. J. zur Ausführung

gekommen. Das es der Regierung auch Ernst sei mit einer definitiven Regelung der Cultusverhältnisse des Protestantismus in Österreich, hat sie im vergangenen Jahre durch einen für Ungarn und beide evangelische Confessionen bearbeiteten Entwurf bewiesen, der den Bevölkerungen zur Meinungsäußerung mitgetheilt wurde. Auf dem Gebiete der Rechtspflege und der politischen Verwaltung sind die Principien des einheitlichen Staates vollkommen durchgeführt und die Gleichheit aller Österreicher vor dem Gesetz äußert im Handel und Wandel und im allgemeinen Verkehrsleben bereits ihre wohlthätige Wirkung. Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Strafgesetz vom 27. Mai 1852, mit den einschlägigen Comptenzgesetzen und Proceduren, sind im ganzen Reiche in Uebung; die Organisation der Behörden ist abgeschlossen; eine Reform der Josephinischen Civil-Gerichtsordnung dürfte, sobald das vorhandene umfangreiche Material bewältigt ist, ein noch fehlendes Element zur Ergänzung der Justizorganisation beisteilen, die Emanation des Gemeindegesetzes und der Statute für die Landesvertretungen, welche im lombardisch-venetianischen Königreiche soeben ihre Tätigkeit begonnen haben, den schönen Schlüsselein am Gebäude der politischen Administration bilden.

Die Reform der Mittelschulen und der höheren Bildungsanstalten, so wie der technischen Lehrinstitute nimmt auf dem beschrittenen Wege des regen Wohlwollens für die Zwecke der Cultur und des aufrichtigen Zugeständnisses an die Bedürfnisse der Zeit sichtbaren Fortgang. Die Pflege des Unterrichts ist eine der hervorragendsten Aufgaben in Neu-Österreich — in jenem Österreich, welches sich keineswegs dem Verständnisse der großen Wahrheit verschließt; daß Wissen Macht ist.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin beehren augenblicklich die lombardisch-venetianischen Kronländer des Reiches mit Allerböschlichem Besuch. Der erhabene Monarch wird in diesen Ländern, die bisher weniger, als die übrigen Erbstaaten, sich mit den Gesamtinteressen des Kaiserthums identifizirt hatten, die Gunst einer persönlichen Prüfung der dortigen Verhältnisse. Er übt damit eine heilige Regentenpflicht, die in dem Herzen seiner Untertanen ein lautes Echo wecken muss. Die zahlreichen Acte kaiserlicher Münificenz und Gnade, von denen uns die Blätter täglich Nachricht geben, werden nicht verfehlen, unseren Mitbürgern in Italien zu dem rechten Verständnisse dafür zu verhelfen, wie der Kaiser seine Regentenpflicht auffasse.

? Prag, 29. Decbr. 1856. (Jungfernrede eines Correspondenten.) Wer heutzutage am geistigen Leben noch irgend welches Interesse nimmt und plötzlich von einer neuen großen Zeitung hört, die unvermuthet da oder dort in's Leben tritt: der kann sich eines unwilkürlichen angstlichen Gefühls nicht erwehren. Alles was er jetzt von Aktien, Börsen, Banken, Creditinstituten, Escomptanstalten und Ähnlichem gehört und gelesen, legt sich wie ein Alp ihm von Neuem auf die Brust, und er seufzt leise: Noch ein theures Haupt mehr. Seitdem sich fast alle bestehenden großen Blätter mit mehr oder weniger Geschick in Börsenbüros verwandelt haben, hinter welchen sich sogar förmlich organisierte Geschäftsagenturen verborgen, die alle Geldgeschäfte der Abonennten prompt besorgen: seitdem kann man es auch Niemandem verargen, wenn er sich von einem gelinden Schauer angewehnt fühlt, sobald er von einem neuen journalistischen Unternehmen hört. Aber je mehr der politisch-literarische Boden den Journals unter den Füßen weggerückt wird, ein desto gröberes Verdienst erwirkt sich ein Blatt, welches neben dem materiellen Leben auch den Bedürfnissen des Geistes, des Geschmackes Rechnung trägt, und dafür sorgt, daß nicht alles in der leidigen Ziffer untergeht. Ohnehin wird die Reaction auch hier nicht mehr zu lange auf sich warten lassen. Sie kündigt sich dem unbefangenen Beobachter bereits durch anscheinend unbedeutende, immer aber beachtenswerthe Symptome an. Schon sieht man den der ewigen Dividendennimmtungen und Ratenausschreibungen überfetten Zeitungsleser sorgsam spähende Nachschau halten nach den wenigen kleinen Stellen seines großen Blattes, welche ihm von dem sozialen Leben an dieser oder jener Stätte, von dem geistigen Regen oder Schaffen Kunde geben. Schon fühlen sich die Journals selbst, wenn sich der Schlüssel des Quartals nähert, veranlaßt, ein leises peccavi zu flüstern, in dem sie den Abonennten die Versicherung geben, daß sie nicht mehr blos von Kohlenlagern und Bleiminen, von Eisenbahnprojekten und Hypotheken-

vereinen reden, daß sie auch dem Feuilleton, welches man, so lange die Kriegsdrommete schmetterte, über die Achsel ansehen zu können glaubte, sein Recht gönnen wollen. Die Handlung wird nun immer entschiedener hervortreten, je mehr man inne werden wird, daß die absolute Realität eben so wenig zu befriedigen vermag, wie toujours perdrax!

Wenn wir so unbefangen unsere Gedanken darlegen, so resultiert daraus wohl, daß wir zu der neuen Zeitung, für deren erste Nummer wir diese Zeilen schreiben, das Vertrauen haben, daß sie fern der Einseitigkeit allen Interessen gleichen Raum, allen Fragen gleichen Sonnenschein und gleichen Wind, wie es bei den alten Turnieren hieß, gönnen wird. Und im Geiste dieses Vertrauens wollen wir unsere Briefe aus der dritten Stadt der Monarchie halten. Wir wollen sorgfältig und gewissenhaft einregistrieren, was auf materiellem Gebiete in Prag und Böhmen Beachtenswertes vorgeht. Aber wir wollen darüber das sociale Leben, Kunst, Literatur und Wissenschaft nicht vergessen, vielmehr den sich auf diesem Gebiete geltend machenden Streubungen dieselbe Theilnahme angeidehen lassen, welche wir dem realistischen Treiben entgegentragen. Wir wollen mit möglichster Unparteilichkeit dem Geiste geben, was des Geistes ist und dem Leibe, was des Leibes ist.

Frankfurt 29. Dezember. (Zur Neuenburger Frage.) Die deutsche Bundesversammlung hat im Laufe voriger Woche wegen der Feiertage keine Sitzung gehalten und dürfte auch wohl im Laufe dieser Woche zu einer förmlichen Sitzung nicht zusammentreten. Die Ausschusshäufigkeit ist eine ununterbrochene, der politische Ausschuss hält in den letzten Tagen wiederholte Sitzungen. Ob die Bundesversammlung noch einmal Veranlassung finden und nehmen wird, einen auf die Preußische Neuenburgsche Angelegenheit bezüglichen Beschluß zu fassen, steht dahin. Borerst liegt keine vor. Der Schwerpunkt der Frage ruht für den Augenblick in der Bundesstadt Bern, wo die schweizer Bundesversammlung tagt und bei den Grossmächten, die gewiß noch ihr Möglichstes zur Vermittlung der Differenz versuchen werden, um einer kriegerischen Wendung der Dinge mit ihren unabsehbaren Consequenzen vorzubeugen. Bei diesen Grossmächten allein aber in erster Linie ist die Action der politischen Vermittlung, eine weitere Action des Bundes ist durch die irgende be dingt. Gelingen ihre Versuche, so sind sie der Bestimmung des Bundes sicher, mißlingen sie aber, kommt es wirklich zum ersten Bruch zwischen der Schweiz und Preußen, dann wird sich dem Bunde die Erörterung der Frage, was er zu thun habe, von selbst aufdrängen. In Zeitungen liest man wohl, Preußen habe bereits vor 14 Tagen mit Baden eine Convention bezüglich des Durchmarsches preußischer Truppen abgeschlossen. Eine authentische Bestätigung dieser Mittheilung ist bis jetzt jedoch noch nicht geboten worden. Wenigstens verlautet bis jetzt nicht, daß die Bundesversammlung sich mit der Marsfrage durchs Bundesgebiet zur Bekämpfung eines fremden Staats, welche in dem Streite, den Preußen als europäische Großmacht mit der Schweiz hat, die Neutralität des Bundesgebietes in Frage stellen würde, beschäftigt hätte. Überhaupt verdient es constatirt zu werden, daß man in politischen Kreisen noch immer an eine friedliche Lösung der Streitfrage glaubt und das man dem Beginne des neuen Jahres, ungeachtet des formellen äußeren Ernstes der Sachlage mehr mit Zuversicht als mit Besorgnissen entgegen sieht. Auch die Börsenwelt ist guten Muths. Die Baisse speculation, die ausbleibliche, die vorwiegend von Berlin ausgeht und die Kurse etwas drückt, kann nicht als Maßstab der Stimmung unserer Finanzwelt angesehen werden.

+ Aus Mitteldeutschland. Ende December. Aufgabe und Thätigkeit der Diplomatie.] Die Wolken, die sich über den Bergen der Schweiz aufstürmen, nehmen scheinbar eine mehr und mehr drohende Gestalt an. Was der Bundesrat bisher in der Neuenburger Frage gethan, wie er sich den Ansprüchen Preußens, den Kundgebungen des Auslandes gegenüber verhalten, was er für den Fall kriegerischer Ereignisse vorbereitet, hat nicht nur die einmütige Genehmigung des Nationalrathes in seiner Sitzung vom 27. December erhalten; dieser ist sogar noch weiter gegangen, er hat den Rüstungen im umfassenden Maßstabe seine Zustimmung ertheilt, und wird diese der Kontrahierung eines Anlehens, welches die kräftige Vertheidigung des Landes auf längere Zeit hinaus ermöglicht, nicht versagen. Daß auch Preußen, wenn auch nicht so offenkundig und begeisterungsvoll, so doch nicht minder energisch rüstet, daß es mit den Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden über den Durchzug seiner Truppen theils in thätigen Unterhandlungen steht, theils diese bereits zum Abschluß gebracht hat, ist heute ebenso bekannt.

Trotz dieser ernsten Anzeichen, trotz der Vergleichlichkeit der bisherigen Bemühungen, eine Vertheidigung zwischen dem König von Preußen und der Schweiz im frischen Wege herbeizuführen, hält die öffentliche Meinung Europas dennoch noch immer mit unerschütterlicher Zuversicht an der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens fest. Der Schlüssel zu diesem scheinbaren Widerspruch zwischen Thatsachen und der Unglaublichkeit, welchen sie begegnen, liegt wohl zumeist in den allgemeinen Bedürfnissen nach Ruhe, daß sich der Störungen, welche es durch einen Krieg im fernen Osten erleidet, unverhübt zu bleiben. In Frankreich sind alle die bedenkllichen Anzeichen, welche mit dem Nahen des Winters sich zu äußern begannen, plötzlich zum Schweigen gebracht; das Sinken der Lebensmittelpreise dürfte hierbei den größten Einfluß geübt haben. Abermals tauchen Gerüchte auf, welche eine größere Selbständigkeit Algeriens für die nächste Zukunft in Aussicht stellen, wenn auch dieselbe nicht die Unabhängigkeit einer nur im äußeren Verbande mit dem Mutterlande bleibenden Vicekönigthums erreicht. England arbeitet, wie seit langer Zeit, gleich den Parzen; spinnt den Faden oder schneidet ihn ab, je nachdem es wohl durchachte Interessen erfordert. Eben aus diesem Grunde dürfte eine friedliche Ausgleichung mit Persien, das nach den neuesten Berichten zu einer solchen beide Hände bietet, nur dann möglich sein, wenn es sich

Erfolge das rechte herauszufinden. Die Lösung, welche bereit erklärt, den vollen Preis zu zahlen, den es ein Krieg kosten würde. Die Frucht ist reif; sie muß ge pflückt werden, wenn sie nicht von selbst in den Schoß fällt. In Amerika beginnt man die Eventualität einer massenhaften Erhebung der Schwarzen nicht als Unmöglichkeit zu betrachten; an jenen Punkten, an welchen dieselben dichter gedrängt sind, werden ernste Vorbereitungen getroffen, um eine solche Erhebung rasch zu unterdrücken, wenn man ihr nicht vorzubeugen vermag. Dies letztere wird jedoch auf die Dauer nur durch eine wesentliche Verbesserung möglich sein, und so hat die Humanität gegründete Hoffnung auf Schritte, um eine Schmach für die Menschheit verschwinden zu machen. Die Sundzollfrage ist noch beim Alten.

Wenn wir so unbefangen unsere Gedanken darlegen, so resultiert daraus wohl, daß wir zu der neuen Zeitung, für deren erste Nummer wir diese Zeilen schreiben, das Vertrauen haben, daß sie fern der Einseitigkeit allen Interessen gleichen Raum, allen Fragen gleichen Sonnenschein und gleichen Wind, wie es bei den alten Turnieren hieß, gönnen wird. Und im Geiste dieses Vertrauens wollen wir unsere Briefe aus der dritten Stadt der Monarchie halten. Wir wollen sorgfältig und gewissenhaft einregistrieren, was auf materiellem Gebiete in Prag und Böhmen Beachtenswertes vorgeht. Aber wir wollen darüber das sociale Leben, Kunst, Literatur und Wissenschaft nicht vergessen, vielmehr den sich auf diesem Gebiete geltend machenden Streubungen dieselbe Theilnahme angeidehen lassen, welche wir dem realistischen Treiben entgegentragen. Wir wollen mit möglichster Unparteilichkeit dem Geiste geben, was des Geistes ist und dem Leibe, was des Leibes ist.

Wie ernst übrigens die Diplomatie ihre Aufgabe der Neuenburger Angelegenheit gegenüber auffaßt, erhellt auch aus der geringeren Aufmerksamkeit, welche sie die übrigen schwedenden Fragen des Tags zuwendet.

In den Verhandlungen Österreichs und Preußens mit Dänemark, in Bezug auf die Herzogthümer, scheint gänzlicher Stillstand eingetreten zu sein; auch die Differenz zwischen den Westmächten und Neapel ist in den Zustand ruhigen Abwartens getreten, bis die Umstände einer neuern Unregung derselben günstiger sein werden. Die Eröffnung der Pariser Nachconferenzen ist dem neuen Jahre vorbehalten, und wird kaum eine andere Aufgabe haben, als in vorhinein vereinbarte Beschlüsse in bindender Weise auszusprechen. Russland entsagt endgültig und freiwillig der Schlangeninsel, und Bolgrad wird es durch die Entscheidung eben jener Conferenz abtreten müssen, welche es selbst als obersten Richter über seine Ansprüche angerufen und anerkannt. Das Gerücht von einer Entschädigung für die Abtretenung Bolgrads wird sich im günstigsten Falle auf einen unbedeutenden Geldbetrag, oder auf einen unbedeutenden Gebietsteil der Moldau beschränken, da es sich, die Abtretenung Bolgrads einmal zugestanden, nur um eine formale handeln kann. In Bezug auf die Neorganisation der Donaufürstenthümer ist in der bisherigen Haltung der h. Pforte derselben gegenüber in sofern eine bemerkenswerthe Aenderung eingetreten, als sie die Vereinigung derselben nicht mehr unbedingt verworfen, und geneigt sein soll, den Fürstenthümer größere Freiheit in der Kundgebung ihrer Wünsche zu gestatten. Die Thronrede, mit welcher der König von Griechenland die Session der Kammer eröffnete, deutete auf ein baldiges Aufhören der Occupation von Seiten der Westmächte hin.

In Neapel dürftet das Attentat auf den König der Befreiung eines Einverständnisses mit den Westmächten infofern günstig sein, als die Adressen der in Neapel befindlichen Franzosen und Engländer dem Könige Gelegenheit boten, seinen wohlwollenden Gesinnungen für dieselben Worte zu geben. In Sizilien hat es sich unzweifelhaft nur um einen überrechneten Putsch gehandelt, der nun vollständig unterdrückt ist. Leider daß die Nachwehen eines solchen Versuches nicht ausbleiben, und auch manchen Unschuldigen treffen, wie dies bei den zahlreichen Verhaftungen, die namentlich in Palermo vorgenommen wurden, wohl mit Grund zu vermuten ist. Im Kirchenstaat scheint man ernst darauf hinzuarbeiten, die Besatzung fremder Truppen entbehrlich zu machen, und die Gemüther zu versöhnen. Während der französische Ober-commandant in Rom, General Goyon, die Organisation der päpstlichen Armee thätig in die Hand genommen hat, und zwei französische Staatsräthe von der Administration des Kirchenstaates umfassend Einsicht nehmen, sind abermals sechzig Befragungen erfolgt, und den Mitgliedern der einstigen Constituante und Ober-offiziere der republikanischen Armee zu Theil geworden. In die Lombardie und Benedig kehren die meisten Flüchtlinge zurück, welchen der letzte Gnadenact des Kaisers den Weg in die Heimat geöffnet. Dieser Act kann übrigens auch nicht ohne Rückwirkung auf die Stimmung in Piemont bleiben, wenn auch die angeduldigen Aenderungen in der gegenwärtigen diplomatischen Vertretung Österreichs und Sardinien noch nicht eingetreten sind. In Spanien deuten alle Anzeichen dahin, daß man sich einer neuen Krise nähert, ohne die bisherige überstanden zu haben. Alle Parteien sind thätig, und finden in der Theuerung der Lebensmittel, sowie in dem gezwungenen Stillstande der Industrie mächtige Verbündete.

Wie es heißt, sollen die vereinten Bemühungen Englands und Frankreichs eine baldige Rückkehr D' Donnels zur Gewalt und sodann eine umfassendere Verstärkung der Bedürfnisse des Landes in Aussicht stellen. Portugal, fern wie es von dem Mittelpunkte Europas liegt, scheint auch von allen Zuckungen, welche dieser erleidet, unberührt zu bleiben. In Frankreich nahen des Winters sich zu äußern begannen, plötzlich zum Schweigen gebracht; das Sinken der Lebensmittelpreise dürfte hierbei den größten Einfluß geübt haben. Abermals tauchen Gerüchte auf, welche eine größere Selbständigkeit Algeriens für die nächste Zukunft in Aussicht stellen, wenn auch dieselbe nicht die Unabhängigkeit einer nur im äußeren Verbande mit dem Mutterlande bleibenden Vicekönigthums erreicht. England arbeitet, wie seit langer Zeit, gleich den Parzen; spinnt den Faden oder schneidet ihn ab, je nachdem es wohl durchachte Interessen erfordert. Eben aus diesem Grunde dürfte eine friedliche Ausgleichung mit Persien, das nach den neuesten Berichten zu einer solchen beide Hände bietet, nur dann möglich sein, wenn es sich

Bundesrat hat ferner Befehl zur Organisirung der Landwehr erlassen.

In der Nationalratsitzung vom 30. v. M. beantragte die Commission einstimmig die Annahme der bundesrätslichen Anträge, somit consequentes Festhalten in der bisherigen Politik. Der Berichterstatter Escher sagte, eine Motivierung erscheine unnötig, sie liege in der allgemeinen Volksbegeisterung. Nach bundesrätslichen Mittheilungen seien vermehrte Aussichten auf friedliche, die Schweiz befriedigende Lösung vorhanden. Die Commission hofft, dem Bundesrat werde die Lösung gelingen, wo nicht, sei die Vertheidigung zum Auftreten zu führen, und diebstfalls dem Bundesrathe die Ermächtigung zu unbeschränkten Geldanleihen zu ertheilen. Die einstimmige Annahme der Commissionsanträge erfolgte ohne Diskussion durch Erhebung der 110 Mitglieder. Escher sagt, die Nation sei einstimmig, sie habe sich durch ihre Einmütigkeit gekrönt. „Komme nun, was wolle.“ —

Der Ständerath genehmigte in seiner Sitzung vom 9. v. M. einstimmig die Beschlüsse des Nationalrathes. In der Abends abgehaltenen Bundesversammlung wurde Dufour zum Oberbefehlshaber, Freiherr zu Generalstabs Chef ernannt. Dufour leistete nach einer Ansprache des Nationalrath-Präsidenten den Eid, worauf die Versammlung ein dreimaliges Hoch ausbrachte.

Wir kommen mit einigen Worten auf den eigentlichen Gegenstand der Neuenburger Frage zurück: Der Bundesrat wollte die Freilassung der Gefangenen wohl als Genugthuung an Preußen bewilligen, aber nur gegen eine „Gegenconcession in Bezug auf die Hauptfrage“, und nicht als eine einfache Conferenz der Anerkennung einer ununterbrochen fortbestehenden Souveränität und Justizhoheit des Fürsten von Neuenburg über diesen Canton. Nach einem Berichte der Börsen-Ztg. aus Wien hätte sich der Bundesrat auch gegen den österreichischen Gefandten, Freiherrn v. Menshegen, dabin ausgesprochen, „daß er kein Bedenken tragen würde und könne, einer Collectivforderung der Grossmächte gegenüber dem bekannten Begehren Preußens zu willfahren; nur darüber verlange er eine vorgängige Gewissheit, daß in Würdigung dieser Bereitwilligkeit die Grossmächte ihrerseits bei den demnächst zu eröffnenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und Preußen wegen der künftigen Stellung Neuenburgs die Interessen der Schweiz in jeder Weise zu vertreten seyn“ bereit erklären würden. Nach anderen Berichten z. B. in der Kass. St. in einer Correspondenz aus Mitteldeutschland, wäre eine lezte Schwierigkeit die gewesen, wie mit der unbedingten vorgängigen Freilassung der neuenburger Royalisten in der Zwischenzeit, bis zur Regulirung der Hauptfrage, der Fortbestand einer factischen Autorität im Canton Neuenburg unverletzt erhalten werden könnte.

Frankreichs neuer Vorschlag in Bern geht, wie man verichtet, dahin, die Gefangenen zu befreien und vorläufig auf polizeilichem Wege, also nicht kraft eines Gesetzes von dem eidgenössischen Gebiete zu entfernen. Die übrigen Mächte schließen sich diesem Vorschlag an. In diesem Sinne, heißt es, wären die gemeinsamen Schritte zu verstehen. Gegen eine Collektiv-Erläuterung in gewöhnlicher Bedeutung soll Frankreich zuerst geltend gemacht haben, daß es, da seine frühere Interception erfolglos geblieben sei, jetzt nicht in geeigneter Weise in derselben Linie mit Anderen vorgehen könne. So beansprucht es die Initiative, welche von den anderen Mächten alsdann unterstützt würde. Auf diese Details wird zurückzukommen sein. Man hält für wahrscheinlich, daß, wenn die Bundesversammlung irgendwo gut berathen, auf der bezeichneten Grundlage ein Arrangement zu Stande kommen könnte. Auch wird angenommen, daß die diesseitigen Maßregeln über den Anfangs bezeichneten Termine hinaus vielleicht einen theilweisen kurzen Aufschub erhalten und die Mächte davon in Kenntniß gesetzt werden können. Preußen würde, wenn sich das verwirkt, einen neuen Beweis seiner Mäßigung geben und den etwaigen gegnerischen Widerstand in größerem Unrecht erscheinen lassen. Daß übrigens noch jetzt von Seiten einer befehligen Regierung in Deutschland Schwierigkeiten wegen des eventuellen Truppen-Durchmarsches erhoben würden, wird bezweifelt.

Nach einem Bericht der „F. P. 3.“ über die diplomatischen Verhandlungen wäre von einigen in Bern accrediteden Vertretern vor etwa 14 Tagen dem Bundespräsidenten angezeigt worden, Preußen werde noch bis zum 2. Januar warten; wenn aber bis zu diesem Zeitpunkt die Gefangenen in Neuenburg nicht auf freien Fuß gestellt seien, so werde es zu den Waffen greifen. In Folge dieser Mittheilung bechlöß der Bundesrat am 20. d. M., ein Truppencorps von 20,000 Mann an der bedrohten Grenze aufzustellen. Nachdem auf solche Weise die Lage ergriffen geworden war, fing die frende Diplomatie an, sich zu rütteln. Der Engländer, namentlich, der bisher nicht so bestimmt, wie seine Collegen, die Freilassung der Gefangenen empfohlen hatte, schloß sich nun denselben an und trachtete, vereint mit dem der Schweiz wohlwollenden Amerikanischen Gefandten, eine Vertheidigung zu erzielen. Nach vielem Hin- und Herreden zwischen dem diplomatischen Corps und dem Bundesrat soll man über folgende gegenwärtige Zusicherung übereinkommen sein: „Sobald die Schweiz, kraft ihrer Souverainität die gänzliche Niederichlagung des Proceses in Neuenburg ausgesprochen und die Gefangenen, die jedoch bis zu gänzlicher Aufrichtung der Sache das Gebiet von Neuenburg zu meiden hätten, in Freiheit gesetzt haben wird, übernehmen die sämtlichen Mächte, welche Vertreter in der Schweiz haben, die Verpflichtung; ihre angelegentliche Verwendung bei Preußen in dem Sinn eintreten zu lassen, daß der König von Preußen auf alle Rechte Verzicht leiste, welche ihm die Verträge über Neuenburg einräumen.“ Diese Erklärung sollte unterzeichnet werden von den Gefandten der Grossmächte England, Frankreich, Österreich und Russland,

Schweiz.

Nach Berichten aus Bern wurde die Bundesversammlung am 27. d. eröffnet. Die Botschaft des Bundesrathes wurde einer Gilfercommission zur Berichterstattung zugewiesen; die von ihm gestellten Anträge sind folgende: Ernächtigung zu fortgesetzten Friedensunterhandlungen, Genehmigung der getroffenen Sicherheitsmaßregeln, Auftrag zu äußerster Vertheidigung, wenn ein ebenswoller Friede nicht zu Stande gebracht werden könnte, Eröffnung eines unbeschränkten Credites, Ernächtigung zu einer Anleihe von 30 Millionen Francs, die Wahl des Oberbefehlshabers und Generalstabschefs; schließlich wird beantragt die Bundesversammlung möge sich nächstens nicht auflösen, sondern nur vertagen. Der französische Vermittlungsvorschlag ist der Versammlung noch nicht vorgelegt worden. Der

sowie von den Gesandten von Bayern, Baden, Belgien und dem Minister-Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Allein die Diplomaten waren leider nicht ermächtigt, einen solchen Act sofort zu unterzeichnen, sondern mussten erst Instructionen einholen. Von diesem Augenblick an war auf Gelingen kaum zu hoffen. Der Kaiser Napoleon wollte, wie es scheint, nicht, daß Englands Verwendung im Verein mit andern großen und kleinen Staaten gelingen sollte, was sein mächtiges und freundliches Fürwort nicht erreicht hatte. Der französische Gesandte unterzeichnete deswegen nicht. Österreich trat ebenfalls nicht bei, weil es sich nicht verpflichten wollte, geradezu bei Preußen auf Verzichtserklärung Neuenburgs hinzuwirken, während es dem König Unterstützung zugesagt hatte. Belgien fand, einem neutralen Staate ziemlich solche Einmischung in fremde Händel nicht. Der Vertreter Sardinien war ermächtigt, den Schritt zu unterstützen. So ist denn dieses Ausgleichungsprojekt, wie bereits gemeldet, gescheitert.

Die letzten offiziellen und offiziösen Kundgebungen in der Neuenburger Frage, von welchen wir nachträglich Act zu nehmen haben, bestehen in einer Despatch des Ministerpräsidenten Freiherrn von Manteuffel an die königl. preußischen Gesandtschaften zu Paris, London, Wien und Petersburg und in einer Aeußerung der Oesterr. Correspondenz.

Der Wortlaut der preußischen Despatch ist folgender:

Berlin, 8. Dezember 1856.

Herr Graf (Baron)! Eure Exzellenz sind bereit von der Belehrung unterrichtet, durch welche der schweizerische Bundesrat die auf Freilassung der Neuenburger Gefangenen gerichtete Forderung beantwortet hat, welche auf Befehl des Königs, unseres erhabenen Herrn, durch seinen bei dem Schweizer Bunde bevollmächtigten Minister gesetzt war.

Sie wissen Herr Graf (Baron), daß die vorausgängige und bedingungslose Erfüllung dieser Forderung von Sr. Majestät dem König als unmöglichster Ausgangspunkt jeder weiteren Unterhandlung zum Zwecke einer endgültigen Lösung der Fragen über die Stellung der Fürstenthums Neuenburg festgesetzt war.

Die Langmuth, welche unser erhabener Herr während einer Reihe von Jahren gegenüber einem factischen Zustand der Dinge bewiesen hat, der mit seinen unanfechtbaren Rechten eben so sehr im Widerspruch stand, als er für die Prinzipien der legitimen Autorität überhaupt, wie für die Heiligkeit des Vertrags nachtheilig war, — diese Langmuth konnte und mußte der Schweiz die genügendsten Garantien dafür bieten, daß Sr. Majestät in den eventuellen Verhandlungen den Standpunkt derjenigen hohen Machtigung nicht verlassen haben würde, welche Ihre Haltung bisher beurkundet hatte, und welche von den europäischen Mächten mehr als einmal anerkannt war.

In diesem Sinne wurde auch von allen Gabinetten, welche das Londoner Protocoll unterzeichnet haben, dringende und fast einstimmige Maßschläge an den Schweizer Bund gerichtet, und der deutsche Bundestag hat, nachdem er mit dem in jenem Protocoll ausgesprochenen Grundsätzen einstimmig seine Übereinstimmung ausdrückt, durch Vermittlung derjenigen deutschen Mächte, welche diplomatische Repräsentanten in der Schweiz haben, die von Preußen auf sofortige Freilassung der Neuenburger Gefangenen gerichteten Forderungen kräftig unterstützt.

Unter diesen Umständen gewinnt die Weigerung des Bundesraths ein doppeltes Gewicht.

Es leuchtet klar hervor, daß der Schweizer Bund, in einer beklagenswerten Verblendung gegen seine wahren Interessen, denjenigen internationalen Vertragsbestimmungen keine Beachtung trägt, welche deren man das Fürstenthum Neuenburg unter der Garantie Europas zu einem Schweizerland machen ließ.

Die Schweiz, aufgelöst durch einen momentanen Erfolg, inspiriert durchwelt, von den Grundlagen des Unifürs aller Ordnung und aller Autorität, hat Sr. Majestät von einem revolutionären Propaganda, die ihrem Ursprung nach, von jedem Gebiet großthätigkeit fremd ist, vergift oder will zu verhindern scheinen jene älteren Rechte der Könige von Preußen, welche die Artikel 22 und 76 des Wiener Vertrages fassionieren haben, um diejenigen geltend zu machen, welche erst durch den Artikel 75 desselben Vertrages der Schweiz übertragen sind.

Der König, unser erhabener Herr, hat die Verpflichtungen rechtfertigen, welche die gegenwärtige Lage der Dinge ihm erlaubt, und erneut (beim ersten) von einer revolutionären Propaganda, die ihrem Ursprung nach, von jedem Gebiet großthätigkeit fremd ist, vergift oder will zu verhindern scheinen jene älteren Rechte der Könige von Preußen, welche die Artikel 22 und 76 des Wiener Vertrages fassionieren haben, um diejenigen geltend zu machen, welche erst durch den Artikel 75 desselben Vertrages der Schweiz übertragen sind.

Desfremmehr aber werden die vorher angedeuteten Maßregeln nichtsdestoweniger ein Hauptgegenstand für die Thätigkeit der königlichen Behörden sein. Diese Maßregeln werden ohne Orientierung, aber mit Beharrlichkeit und in der festen Absicht, den Endzweck zu erreichen, vorbereitet und ausgeführt werden.

Das Land wird die Opfer, die es zu bringen hat, mit Selbstverlängerung und Hingabe bringen, weil es weiß — und das ist eine Überzeugung, welche alle auswärtigen Gouvernements teilen müssen, wenn sie sich nicht von vorgefassten Annahmen leiten lassen — daß Sr. Majestät ihm diese Opfer nicht auflegt, ohne vorher alle Mittel erschöpft zu haben, um in Weise einer zugleich friedlichen und ehrenvollen Ansiedlung die Frage über die endgültige Stellung des Fürstenthums Neuenburg zu einer für beide Theile befriedigenden Lösung zu bringen.

Es ist übrigens jene Maßregel, von welcher der König so viele Proben gegeben hat, durch die militärischen Maßregeln, welche Sr. Majestät vorbereitet, noch nicht ausgeführt.

Die Schweiz möge zu besonderen Einschätzungen zurücktreten, sie möge davon einer befreundeten Macht, oder den Gouvernements, welche das Londoner Protocoll unterzeichnet haben, Mittheilung machen, und das Ohr des Königs wird, wie Eure Exzellenz veranschlagt sind, nicht taub für die Stimme der Versöhnung sein.

Es kann seinem Zweisel unterliegen, daß die vorstehenden Betrachtungen, und die aus denselben sich ergebenden Einschätzungen der königlichen Behörden seien. Diese Maßregeln werden ohne Orientierung, aber mit Beharrlichkeit und in der festen Absicht, den Endzweck zu erreichen, vorbereitet und ausgeführt werden.

Das Land wird die Opfer, die es zu bringen hat, mit Selbstverlängerung und Hingabe bringen, indem Sie die gegenwärtige Despatch auf Besetzung des Königs dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen (von Österreich), von Russland, dem ersten Staatssekretär Ihrer Majestät der Königin von England) mittheilen.

Empfangen Sie zu gleicher Zeit ic. n. n.

gez. Manteuffel.

Die „Oesterr. Corr.“ spricht sich in folgender Weise über die Neuenburger Angelegenheit aus:

„Oesterr. Blätter berichten von Bemühungen des englischen und des nordamerikanischen Gesandten in Bern zur Ausgleichung des Neuenburger Vertrags, welche aber zu keinem Ziele führten, weil die Repräsentanten der übrigen Mächte die Ausgleichung nicht erhielten, auf den Vorschlag einzugehen.

Zur Richtigstellung halten wir es für geeignet, dieser Nachricht einige Ausführungen beizufügen.

Das f. f. Cabinet thieilt mit den übrigen Mächten den schweizerischen Bündnis, einem Konflicte vorzubeugen, welcher durch Missachtung der vertragsmäßigen Hoheitsrechte eines nahe befindenden europäischen Souveräns, so wie der wohlwollenden Ratschläge aller Regierungen an die schweizerischen Behörden in nahe Aussicht gebracht ist. Indem es in diesem Sinne wirkt und von den verbindlichen Absichten Sr. Maj. des Königs von Preußen überzeugt ist, erkennt sich Österreich keinerlei Rechtsstiel, zugleich Verpflichtungen oder auch nur Zusagen einzugehen, in Folge derer durch einseitige oder collective Schritte der legale Souverän bewogen werden soll auf seine Hoheitsrechte über Neuenburg zu verzichten. Ent sprechen die schweizerischen Bundesbehörden dem dringenden, wohlgemeinten Verlangen und Nutze aller Mächte, den Proces gegen den neulichen Vorfall im Kanton Neuenburg niederzuschlagen, so steht es in der freien Initiative des Königs Friedrich Wilhelm IV., in wohlwollender und staatsmeisterlicher Verstärkung der Lage jenen Neuenburgischen Unterthanen und der allgemeinen europäischen Verhältnisse dem von schweizerischer Seite dem europäischen Rechte gemachten Zusammenspiel auch großherzig einen Act der hohen Politik folgen zu lassen.

Österreich von seinem Standpunkte kann keinerlei moralische Verpflichtungen eingehen, welche auf die Entfaltung des Rechtsstiles einer anderen Macht bestimmenden Einfluss über sollen.

Dieser der entscheidende Grund, aus welchem der Befürworter des f. f. Regierung zu Bern sich an dem beabsichtigten Ausgleichungsprojekt nicht beteiligte.“

Als Eurosum haben wir noch die Eingabe zehn württembergischen Abgeordneten von der Linken an den ständischen Ausschuss zu registrieren, in welcher dieselben gegen den eventuellen Durchmarsch f. preußischer Truppen durch Bundesgebiet protest einlegen. Die Neue Preuß. Ztg. charakterisiert dieses merkwürdige Achtenstück am besten dadurch, daß sie meint, es sollte füglich die Unterschrift des letzten Abgeordneten „Schnicker“ als Titel an seiner Spitze tragen.

In dem Staatsanzeiger für Württemberg wird bemerkt, die Eingabe an den ständischen Ausschuss, den Durchzug preußischer Truppen betreffend, enthalte einen politischen Übergriff und sei wegen des klaren Rechtes des verbündeten Preußens zurückzuweisen.

Es heißt in dem angezogenen Artikel:

„Welche Stellung Württemberg in dieser Frage einzunehmen hat, darüber kann für jeden Unbefangen einen Zweifel nicht obwalten. Eine zehn Abgeordnete verlangen mir ihrer Petition an den ständischen Ausschuss nichts Anderes, als daß Württemberg für die Schweiz Partei nehme. Durch Nationalität wie durch politische Nähe mit Preußen verbunden, erhebt es nun aber sich an sich als eine lächerliche Zumutung an Württemberg, für die Schweiz Partei zu ergehen; noch lächerlicher ist indeß die Zumutung in einer Sache, in welcher das klare Recht auf der Seite Preußens und nicht der Schweiz sich befindet, in welcher die Schweiz es in der Hand hatte, sich all den Galantries zu entziehen, die sie mutwillig durch Nichtbeachtung der ihr von am meisten befremdeten Seite gegebenen Nachtheile herausbeschwert hat, in welcher endlich ein Parteinehmer für sie nichts Anderes hieße, als sich mit dem revolutionären Prinzip der Politik der Schweiz zu identifizieren.“

Frankreich.

Paris den 28. Dezember. (Tod des Bischofs von Limoges. — Dauer der Conferenzen.) In seinem halbamtlichen Theile zeigt der Moniteur den Tod des Bischofs von Limoges an. — Mgr. Bussia, geb.

zu Toulouse am 25. November 1797, wurde durch Ordination vom 21. April 1844 auf den bischöflichen Stuhl berufen und erlag nach kurzer Krankheit. Mgr. Bussia — sagt der Moniteur — lebte nur seinem Berufe und die Mithelferkeiten seines Apostolats, sind seinem fröhlichen Ende nicht fremd.

Man glaubt immer — sagt die Assemblée nationale — daß die Dauer der Conferenzen sehr kurz sein werden; man soll sich verständigt haben, daß die Zahl der Sitzungen 4 nicht überschreite. — Man wird sich nur mit der Gränzfeststellungsfrage und mit der Anlegtheit der Schlangeninsel beschäftigen. In einem uns mitgetheilten Schreiben aus Wien heißt es: „Die Opposition Englands und Österreichs, im Einverständniß mit der Türkei, bleibt unerschütterlich gegen jedes Project, der Vereinigung der deutschen Fürstenthümer in einen Staat. Unsere commerciellen und politischen Interessen, stehen jedem Verschmelzung-Draume der beiden Länder entgegen. — Diese Frage könnte in dem künftigen Pariser Congrèse nicht einmal zur Berathung kommen und wenn die Eventualität der Vereinigung in den neuen Conferenzen auftauchen sollte, so ist unserer Bevollmächtigter angewiesen, sich lieber zurückzuziehen, als durch seine Anwesenheit einen Vorwand zur Discussion dieser Frage zu bieten.“

Wie verlautet, ist die russische Ratification auf den Bolgrad-Vergleich hier eingetroffen, und die Conferenz wird morgen um 12 Uhr, wie bereits angekündigt, ihre erste Sitzung halten. — Hr. Guizot stattete dieser Tage Hrn. Thiers einen Besuch ab. Herr Guizot beschäftigt sich bekanntlich sehr viel mit Politik, während Hr. Thiers größere Gleichgültigkeit an den Tag legt. Der Zweck des Besuches, den der Chef der Union Hrn. Thiers machte, hatte Bezug auf die Wahlen. Derselbe wünscht, daß alle Fractionen der monarchischen Partei sich wegen der bevorstehenden Wahlen vereinigen. Hr. Thiers, der, nebenbei gesagt, in Rouen als Kandidat aufzutreten die Absicht hat, empfing die Eröffnungen Guizots mit großer Räte.

Paris, 30. December. [Pagesbericht.] Ein Decret eröffnet einen Credit von 3 Millionen für Zuschüsse zu gemeinnützigen Bauten und für Beiträge zur Armenpflege. — Eine Note des Moniteur drückt die Hoffnung aus, daß in Folge der diesjährigen besseren Ernte die Korn-Einfuhr zur Deckung des Bedarfs für 1857 ausreichen werde.

Großbrittanien.

London, 30. Decbr. Der „Globe“ bestätigt das Zustandekommen eines Compromisses, wornach Russland für die Abtretung Bolgrads eine vortheilhaftere Grenzlinie in Bessarabien zugekehrt erhält.

Auch die „Times“ meldet, daß England, Österreich und Frankreich sich dahin geeinigt haben: 1) daß beide Bolgrads an die Moldau fallen sollen; 2) daß die Schlangeninsel und das Donaudelta der Türkei zurückgegeben werden müssen; und 3) daß Russland zum Erfatz das zwischen dem Paluck und dessen Nebenfluss liegende Land behalten darf. Der Russische Gesandte in Paris, Graf Kisseloff, habe sich mit dieser Bessarabischen Grenzlinie einverstanden erklärt.

Asien.

Über die Collision zwischen den britischen Behörden und Neh, dem chinesischen General-Gouverneur in Kanton lauten die von dem Lloydampfer „America“ am 27. d. nach Triest überbrachten näheren Nachrichten wie folgt: „In Bord einer unter britischer Flagge auf der Rhede von Kanton vor Anker liegenden Lorch begab sich am 8. Octbr. eine Schaar Chinesen und verhaftete 12 Mann des Schiffvolks. Consul Parkes, der sich an Bord begab, ward insufflit und mit Gewaltthätigkeiten bedroht. Die bei Neh eroberte Be schwerde ward verächtlich zurückgewiesen. Am 21. Oct. ward die Sache in die Hände des Admirals Seymour gelegt. Die ersten feindlichen Schritte erfolgten am 24. Oct. Die Forts von Kanton wurden genommen und mehrere derselben zerstört. Da Neh noch immer hartnäckig die Genugthuungs-Forderungen des Admirals Seymour verworf, ja, sich sogar weigerte, eine Zusammenkunft mit ihm zu haben, so ward am 27. Oct. das Feuer auf die Stadtmauern und auf den Palast des Gouverneurs eröffnet. Es ward Bresche in die Stadtmauern geschossen, und der Sturm erfolgte am 29. Oct. Die Truppen drangen bis zum Palaste vor, wurden jedoch am Abend wieder zurückgezogen. Die Verluste der Engländer beliefen sich auf 3 Tote und 12 Verwundete. Später Versuche, zu unterhandeln, scheiterten, und am 3. und 4. Novbr. ward die alte Stadt bombardirt. Am 6. Novbr. wurden 23 Kriegs-Schiffe von dem Schiffe „Barracuda“ angegriffen und sämtlich zerstört. Den Chinesen ward hierauf nochmals eine Frist bewilligt; allein nichts deutete darauf hin, daß sie geneigt seien, nachzugeben. Den letzten Nachrichten zufolge waren die Bogue-Forts genommen worden. Die in Kanton lebenden Fremden hatten die Factoreien beinahe gänzlich geräumt. Vermögen zu einem hohen Betrage war durch das Feuer verzehrt worden. Der Handel stockte.“

Vermischtes.

Eine Gedächtnisfeier wurde in Stuttgart zum Gedächtnis Peter v. Lindpaintners, dessen dramatisches Hauptwerk: „Der Vampyr“ auf biefiger Hosbühne aufgeführt. Der Erlös der Opern-Vorstellung an 1000 Fr. ist zu einem Denkmal des verehrten Tonigers in Nennenheim am Bodensee, wo er begraben liegt, bestimmt.

(Zwei verholtene Grüßen.) General Ton Thum, der bekannte Zwerg, in nach vielen Jahren wieder in London aufgetaucht, und produziert sich in früherer Manier unter der Aegide einer andern Berühmtheit, des samolans Barnum.

Mozart's berühmtes Sextett für Streichquartett und zwei Hörner, „Die Dorfmusikanten“, welches Meister selbst einen musikalischen Spaß genannt hat, erhebt jetzt zum ersten Mal in Partitur in der Schleifer'schen Verlagsbuchhandlung in Wien nach der vereinigten Tonigers in Nennenheim am Bodensee.

Dr. Beda Dubz in Brünn ist im Begriffe, zwei bedeutende Werke herauszugeben; das eine betrifft die noch immer dunkle Geschichte des Herzogs von Friedland und wird unter dem Titel: „Waldstein“ von seiner Entbindung bis zur abnormalen Übernahme des Armeo-Obercommando's vom 13. August 1630 bis 13. April 1632, nach den Akten des k. k. Kriegsarchivs, im Monate März f. J. erscheinen. Das zweite umfaßt die wissenschaftliche Würdigung der Münzen des Deutschen Ordens, welche mit allem Aufwand der Kunst in Kupfer gestochen, auf 20 Tafeln in Kleinfolio herausgegeben werden. Herr Dr. Dubz hat hier abnormale Anlaß, seine hohe Bekleidung für geschichtliche Arbeiten, aber auch seinen großen Fleiß und seine unermüdliche Thätigkeit an den Tag zu legen.

(Die Biertrinker verhüllen ihr Haupt.) Eine der größten Brauereien Brüssels, „Le château d'or“, brachte in der Nacht von 19. auf den 20. d. in weniger denn zwei Stunden ganz niederr. Die größte Anstrengung war erforderlich, die umliegenden Häuser zu retten.

Voltaire und Diderot. Miller, der sich im Gefolge des Grafen de Morny befindet, hat von der Russischen Regierung die Ernennung erhalten, verschieden Adressen und Briefe Voltaire's, so wie eine sehr merkwürdige Correspondenz desselben über den Französischen Krieg, die Kriegsfrag und die Diplomatie seiner Zeit, die sich in der kaiserlichen Bibliothek von Petersburg befinden, zu copiren. Ein anderer Franzose beschäftigt sich zu gleicher Zeit mit der Abschrift von 18 oder 20 noch unveröffentlichten Bänden (?) von Diderot, die in der nämlichen Szene und Zuckproduktion in Oligalzien und der Bokowina. Im Monate September f. J. wurden in den Göttern des Lemberger Verwaltungsgebietes 40.191 Fr. 46 Pf. Salz erzeugt und bei den Salzvertriebsämtern 38.522 Fr. 90 Pf. verkaufst — bei den Salinenverwaltungen im Herzogtum Bokowina wurden 2239 Fr. 23 Pf. produziert und 2220 Fr. 25 Pf. verkauft. Vergleicht man mit diesem das Resultat des gleichnamigen Monats v. J. so ergibt sich, daß die Salzproduktion in Oligalzien um 8806 Fr. 50 Pf. und in der Bokowina um 1060 Fr. 36 Pf. abgenommen hat. Auch der Salzverschleiß hat sich um 15% herabgestellt, nämlich in Galizien um 860 Fr. und in der Bokowina um 1434 Fr. 25 Pf. Die Zuckerfabrik in Lissau hat im September f. J. 18000 Fr. roher Runkelrüben verarbeitet.

Wie aus Galatz berichtet wird, reduziert sich die Meinung der Donau-Commission für die Färbarmachung der St. Georgs-Mündung und soll sich mehr für den Kanal und die Mündung von Kilia ausspielen. Dieser Kanal, welcher gar keiner Vorbereitung bedarf, hat außerdem die günstige Windlage.

In Dessaar ist eine Mitteilung der „Zeit“ zufolge, die Nachricht eingetroffen, daß die Pforte die Concession für die Moldau Landesbank nunmehr freigegeben hat. Auch die diesjährige Note soll bereits beim Königlich preußischen Ministerium des Außenwesens angelangt sein. Es wird hervorgehoben, daß es nämlich den lebhaften und nachdrücklichen Schriften des Herrn Präsidenten v. Manteuffel zuzuschreiben sei, daß endlich die Beanstandung der befragten Concession befeigt zu werden vermöchte.

Die Bank von Frankreich macht im „Moniteur“ bekannt, daß die Dividende für das zweite Halbjahr von 1856 auf 35 Fr. festgesetzt ist.

London, 27. December. Bankausweis. Noten im Umlauf: 28.153.040 Pf. St. (Abnahme: 189.773 Pf. St.); Metallvorrat: 10.513.823 Pf. St. (Abnahme: 178.705 Pf. St.). Der Bankausweis wäre jedenfalls günstiger ausgesetzen, wenn nicht viel Gold nach Irland abgeführt werden wäre. Da die Bank-Panic daselbst vorüber ist, werden die Sovereigns ihren Wert rasch wiederfinden.

Ein Artikel des „Economist“ berichtet, darauf vor, daß in der bevorstehenden Parlamentsession die Finanz- und Bankfrage eine hervorragende Rolle spielen werde.

Die Majorität der vereinigten Bank- und Geschäftskomitees des schwedischen Reichstages hat die Freigabe des Zinsfußes (Aufhebung der Wuchergefälle) widerrufen.

Telegraph. Depeschen der Oesterr. Corresp.

Paris, 31. December. Der heutige Moniteur meldet unter gestrigen Datum: Morgen am Mittwoch werden sich die Bevollmächtigten in einer Conferenz vereinigen, um sich über die Mittel zu verstündigen, den Schwierigkeiten, welche die Ausführung der betreffenden Artikel des Friedensvertrages hinderten

